

Medienmitteilung

Bundesrat verabschiedet Umsetzungsplan zum Schutz vor Cyber-Risiken

BDP geht einen Schritt weiter und fordert ein nationales Kompetenzzentrum

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP fordert zusätzlich zur geplanten Koordinationsstelle die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums, mit welchem die Cyberkriminalität noch effizienter bekämpft werden kann. Damit geht die BDP einen Schritt weiter als der Bundesrat.

Die BDP hat als erste Partei bereits Anfang Mai an der DV in Genf in [Positionspapier](#) und ein [Forderungspapier](#) zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft präsentiert, welches auch Lösungsansätze gegen die Cyberkriminalität enthält. In diesem fordert die BDP unter anderem auch ein nationales Kompetenzzentrum für ICT Sicherheit. Die BDP begrüsst zwar die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere die Einsetzung eines Steuerungsausschusses, fordert aber gleichzeitig ein zielstrebigeres Vorgehen als nur gerade erste Schritte.

Die Bedrohungen aus dem Internet sind eine Realität und eine tagtägliche Herausforderungen in vielen Unternehmen. Für einen effizienten und lückenlosen Informationsfluss über neue Computerviren oder andere Bedrohungen fehlt eine nationale Koordinationsstelle. Anstelle der heute existierenden dezentralen Organisationen fordert die BDP ein nationales Kompetenzzentrum, welches den Informationsaustausch und zeitgemässe Fachkenntnisse zur ICT-Sicherheit sicherstellt. Ebenso braucht es eine enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft. Dabei sind festgestellte Lücken und Mängel in der Gesetzgebung durch die Politik zu schliessen.

Die BDP wird in der Sommersession Vorstösse zur Bekämpfung der Cyberkriminalität einreichen.

Auskunft:

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

15.05.2013